

„Nicht für Vertrauen bestrafen“

Von Chefredakteur
Hans-Jörg Zürn

Kritik an Äußerungen der FDP-Abgeordneten Florian Toncar (Bundestag) und Heiderose Berroth (Landtag) übt die Bürgerinitiative Leise A 81. In einem offenen Brief machen die Vertreter der Autobahn-Anwohner ihrem Unmut Luft.

Hans Ambros, Dr. Thorsten Breitfeld, Anne Graf, Dietmar Kilgus, Professor Rudolf Maly, Klaus Offermann, Wilfried Schnetz, Konrad Wenzel und Rolf Wild haben das Schreiben an die Abgeordneten unterzeichnet. Darin kritisieren sie unter anderem: „Mit einigen der von Ihnen gemachten Aussagen vertreten Sie aber weder die Interessen der Böblinger und Sindelfinger Bürger, noch die der Gemeinderäte noch die der Stadtverwaltungen. Alle fordern unisono einen Deckel von 1500 Metern Länge und eine Galerie von 1500 Metern.“

Dies sei keine willkürliche Maximalforderung, sondern lediglich die Einforderung der 1985 vom Land Baden-Württemberg und dem Bund aufgrund von Fachgutachten gemachten Zusagen, wodurch über den Ausbau mit Deckel statt Neubau auch noch zwei Drittel der Neubau-Ausgaben eingespart werden. Bisher lägen keine für die Bürger nachvollziehbaren Informationen oder Fakten vor.

Alle Veröffentlichungen über eine Problemlösung zum „Ausbau A 81“ fußten im

Wesentlichen auf Spekulationen. Der Öffentlichkeit wurden bislang auf Umwegen „Kompromisslinien“ hingeworfen, eine konsensfähige Lösung gebe es danach nicht.

„Wir Bürger erwarten, dass Zusagen und Kompromisse Bestand haben und nicht durch immer neue Abstriche ausgehöhlt und entwertet werden. Es bleibt unverstänlich, weshalb nach ihren Aussagen die „Maximallösung nicht finanzierbar sein soll, so die Kämpfer für einen besseren Lärmschutz an einer künftig sechsspurigen Autobahn. In der Bundesrepublik gebe es eine große Zahl von Einhausungen in anderen Bundesländern, die länger und teurer sind als bei der A 81 und vom Bund bezahlt worden seien.

Niemand habe je die Konstruktion eines massiven Tunnelbauwerks gefordert. „Die Bürger erwarten die Realisierung einer Einhausung. Sie ist nur wenig teurer als überhohe Lärmschutzwände“, so die engagierten Bürger: Es liegen bisher keine Kostenvergleiche von kostengünstigen, realisierungsfähigen und anwohnerverträglichen Alternativlösungen vor, für die es andersorts aber genügend Beispiele gibt.“

Die Bürger wollten nicht für ihr bisheriges Vertrauen in die Politik bestraft werden und fordern die beiden FDP-Abgeordneten Toncar und Berroth auf, „Überlegungen, Werdegang und Hintergründe einzubeziehen.“ Bislang sei man sich der Unterstützung beider Politiker bewusst gewesen. Sie sollten deshalb ihre Meinung und ihre Äußerungen noch einmal überdenken im Sinn der betroffenen gut 10 000 Menschen.